

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Horst Heinzel	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Pertti Hermannek	Bündnis90/Die Grünen	entschuldigt
Frau Evelin Krämer	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Chaled-Uwe Said	Fraktion AfD	nicht entschuldigt
Frau Ariane Wargowske	CDU/ANW	entschuldigt
Frau Liane Woellner	SPD	entschuldigt
Herr Dr. Nicolas Bauer	Die Andere	entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Susanne Gromoll Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Finanzen

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.01.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Gebäuden
Vorlage: 17/SVV/0604
Fraktion DIE LINKE
 - 4.2 Konzeptvergabe für die Gastronomie gegenüber dem Obelisken
Vorlage: 17/SVV/0715
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 4.3 Kostenloser Eintritt in den BUGA-Volkspark
Vorlage: 17/SVV/0778
Fraktion DIE aNDERE

- 4.4 Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof
Vorlage: 17/SVV/0979
Winfried Sträter, Ortsvorsteher Groß Glienicke
- 4.5 Szenario für kostenlosen Nahverkehr in Potsdam
Vorlage: 18/SVV/0139
Fraktion DIE LINKE
- 4.6 Grundschüler für ÖPNV begeistern
Vorlage: 18/SVV/0061
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.7 Marktplatz im Kirchsteigfeld
Vorlage: 18/SVV/0053
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.8 Dreijahresverträge für freie Träger der Kultur
Vorlage: 18/SVV/0140
Fraktion DIE LINKE
- 4.9 Benutzungs- und Entgeltordnung für die Kunstwerkstatt Ost
Vorlage: 18/SVV/0126
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport
- 4.10 Skateranlage im "E-Park"
Vorlage: 18/SVV/0162
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 4.11 Verfahren zur Vergabe kommunaler Grundstücke in Erbbaupacht
Vorlage: 18/SVV/0169
Oberbürgermeister, Fachbereich Rechnungswesen und Steuern
- 5 Mitteilungen der Verwaltung

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Heuer, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger zur 35. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.01.2018 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 7 Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen anwesend.

Die Bestätigung der Niederschrift vom 17.01.2018 wird zurückgestellt.

Herr Heuer informiert zur vorliegenden Tagesordnung.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen haben sich für diese Sitzung des Ausschusses für Finanzen entschuldigt und bitten um Rückstellung der Tagesordnungspunkte:

- 4.2 Konzeptvergabe für die Gastronomie gegenüber dem Obelisken
 DS 17/SVV/0715
- 4.6 Grundschüler für ÖPNV begeistern
 DS 18/SVV/0061
- 4.7 Marktplatz im Kirchsteigfeld
 DS 18/SVV/0053

Zu den Tagesordnungspunkten:

- 4.4 Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof
 DS 17/SVV/0979
- 4.5 Szenario für kostenlosen Nahverkehr in Potsdam
 DS 18/SVV/0139
- 4.6 Grundschüler für ÖPNV begeistern
 DS 18/SVV/0061

gibt es keine Teilnahme aus den entsprechenden Bereichen der Verwaltung und des Verkehrsbetriebes ViP. Herr Heuer schlägt vor die TOP 4.4 und 4.5 ebenfalls zurückstellen zu lassen und in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen einen Schwerpunkt auf das Thema Verkehr zu legen.

Herr Baron v.d. Osten gen. Sacken und Herr Kaminski bitten um Aufrufen des TOP 4.4 zur ersten Lesung, da der Ortsvorsteher von Groß Glienicke Herr Sträter anwesend ist. Des Weiteren gibt es einen Antrag auf Rederecht zum TOP 4.4 durch Herrn Andreas Menzel als Vertreter der Bürgerinitiative Groß Glienicke.

Herr Heuer stellt somit die veränderte Tagesordnung (Zurückstellung der TOP 4.2, 4.5, 4.6 und 4.7) zur Abstimmung. Die so geänderte Tagesordnung wird von den anwesenden Mitgliedern einstimmig bestätigt.

zu 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

Herr Exner informiert zur aktuellen Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam. Er stellt das Steueraufkommen und die allgemeinen Zuweisungen, anhand einer Präsentation vor. Derzeit gibt es keine Erkenntnis, ob Abweichungen von der Prognose in dem beschlossenen Haushaltsentwurf erfolgen werden. Es handelt sich demnach um Planzahlen mit denen zum gegenwärtigen Zeitpunkt operiert werden.

Herr Heuer bittet Herrn Exner auf die geplanten Jahresabschlüsse einzugehen. Herr Exner führt aus, dass ihm der Jahresabschluss für das Jahr 2015 noch im März 2018 vorgelegt werden soll. Dann erfolgt eine Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt. Anschließend erfolgt die Feststellung durch den Oberbürgermeister. Herr Exner hofft noch vor der Sommerpause diese Meilensteine erreichen zu können. Die Stadtverordnetenversammlung kann der Jahresabschluss 2015 somit noch in diesem Jahr vorgelegt werden. Die folgenden Jahresabschlüsse 2016 und 2017 werden im Anschluss vorgestellt. Eine Zeitschiene zu diesen Jahresabschlüssen soll im nächsten Ausschuss für Finanzen vorgestellt werden.

Herr Rindfleisch merkt an, dass die Schnelligkeit der Veröffentlichung der Jahresabschlüsse auch einem politischen Willen vorausgeht. Das Land Brandenburg scheint hier wenig gut aufgestellt zu sein. Herr Exner erwidert, das Potsdam gut aufgestellt sei. Man dürfe nicht außer Acht lassen, dass Potsdam als Modellkommune in der Umstellung auf die Doppik die herausfordernde Erarbeitung der Jahresabschlüsse selbst bewältigt habe und nun vor dem Punkt einer Fortschreibung steht. Entsprechend können die folgenden Jahresabschlüsse zeitlich besser kalkuliert werden. Frau Tischendorf ergänzt, dass die Unterlagen der Landeshauptstadt Potsdam immer gut vorbereitet waren und hier eine gute Arbeit geleistet wird.

Es bestehen keine Nachfragen. Herr Heuer schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Gebäuden

Vorlage: 17/SVV/0604

Fraktion DIE LINKE

Herr Kaminski stellt den Ergebnisstand in dem Austausch der Fraktion DIE LINKE mit der Verwaltung vor. Es gab ein Gespräch mit kompetenten Vertretern der Verwaltung, die die Herausforderung der engen Zeitschiene dargestellt haben. Im Verlauf wurde sich darauf verständigt, dass in Fällen, die nicht Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung betreffen, eine Mitteilungspflicht entfällt. In anderen Fällen werden die Fraktionen über die Entscheidung der Verwaltung innerhalb von 4 Wochen informiert. So kann eine zeitnahe Behandlung in den Fraktionen sichergestellt werden. Die Fraktionen können dann entscheiden, ob sie eine weitere Behandlung im Hauptausschuss wünschen und es entsprechend auf die Tagesordnung setzen. Herr Scheffler bestätigt die Aussagen.

Herr Exner schlägt vor, die abgestimmte Vorgehensweise in einer Mitteilungsvorlage zu verschriftlichen und diese in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen einzubringen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen folgen diesem Vorschlag. Dementsprechend wird eine Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt zurückgestellt.

zu 4.2 Konzeptvergabe für die Gastronomie gegenüber dem Obelisk
Vorlage: 17/SVV/0715
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

zu 4.3 Kostenloser Eintritt in den BUGA-Volkspark
Vorlage: 17/SVV/0778
Fraktion DIE aNDERE

Herr Schenke führt aus, dass durch einen Einnahmeverlust ein Dauerverlustgeschäft in Höhe von 218.000 Euro entstehen würde. Hintergrund ist die Einstufung als Betrieb gewerblicher Art. Die Verwaltung empfiehlt den Eintritt zu belassen und demzufolge den Antrag abzulehnen.

Herr Heuer verweist auf den vorliegenden geänderten Beschlussvorschlag des Jugendhilfeausschusses und schlägt vor sich diesem anzuschließen. Herr Schenke erläutert, dass ein Teilwegfall des Eintrittes, so wie im vorliegenden geänderten Beschlussvorschlag des Jugendhilfeausschusses dargestellt, eine andere Ausgangssituation wäre. Zu den Auswirkungen kann er derzeit keine Auskunft geben. Herr Heuer fragt nach einer erfolgten Prüfung, inwieweit der Einnahmeverlust kompensiert werden kann bezogen auf den Haushaltsbeschluss in Höhe von 80.000 Euro. Im weiteren Verlauf der Diskussion entsteht der Vorschlag die Empfehlung des Jugendhilfeausschusses zu ergänzen:

„...In die Prüfung wird einbezogen den Eintritt für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre zum 01.07.2018 aufzuheben.“

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, der Vorlage in der geänderten Fassung zuzustimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Unabhängig von einer finanziellen Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam am Unterhaltsaufwand für die Pflege von Schlossgärten und Parkanlagen der „Stiftung Preußische Schlösser und Gärten“ (SPSG) in Potsdam wird ~~der~~ **die Aufhebung des Eintritts** für den BUGA-Volkspark zum 01.01.2018 ~~aufgehoben geprüft. Der Eintritt für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre wird zum 01.01.2018 aufgehoben.~~ **in die Prüfung wird einbezogen den Eintritt für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre zum 01.07.2018 aufzuheben.**

Der Oberbürgermeister und erforderlichenfalls die Vertreter*innen der Stadt Potsdam in den Gremien der Pro Potsdam werden hiermit beauftragt, die dazu erforderlichen Schritte zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

zu 4.4 Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof
Vorlage: 17/SVV/0979

Winfried Sträter, Ortsvorsteher Groß Glienicke

Herr Menzel erhält das Wort und stellt das Anliegen der Bürgerinitiative vor. Die Zielstellung ist, dass alle Busse wieder bis zum Potsdamer Hauptbahnhof durchfahren. Auch aus Aspekten der Gewährung von Barrierefreiheit ist eine Rücknahme der Umstiege am Campus Jungfernsee erforderlich. In den vergangenen Monaten sind erweiterte Fahrtzeiten von bis zu 45 Minuten entstanden. Eltern holen ihre Kinder zum Teil abends mit dem Auto ab, um einen langen Aufenthalt am Umstiegsort entgegenzuwirken. Dadurch habe sich der Autoverkehr wieder vergrößert. Eine Unterschriftenaktion laufe derzeit durch die Bürgerinitiative.

Herr Sträter schließt sich den Ausführungen von Herrn Menzel an und bringt den Antrag zur ersten Lesung ein. Der Ortsbeirat Groß Glienicke hat zu diesem Thema zwei Beschlüsse gefasst. Diese stellt er ebenfalls vor.

Herr Heuer dankt Herrn Menzel und Herrn Sträter für ihre Ausführungen und verweist auf die weiterführende Diskussion in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

zu 4.5 Szenario für kostenlosen Nahverkehr in Potsdam
Vorlage: 18/SVV/0139

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

zu 4.6 Grundschüler für ÖPNV begeistern
Vorlage: 18/SVV/0061

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

zu 4.7 Marktplatz im Kirchsteigfeld
Vorlage: 18/SVV/0053

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

zu 4.8 Dreijahresverträge für freie Träger der Kultur
Vorlage: 18/SVV/0140

Fraktion DIE LINKE

Herr Kaminski bringt die Vorlage ein. Frau Peetz-Mühlstein führt aus, dass die Verträge mit den Trägern derzeit über zwei Jahre laufen und Zielvereinbarungen beinhalten. Eine Umstellung auf Dreijahresverträge könnte frühestens mit Beschluss des nächsten Doppelhaushaltes erfolgen. Die Verwaltung prüft derzeit, ob eine Umstellung rechtlich umsetzbar wäre im Zuge eines Doppelhaushaltes.

Herr Exner bestätigt, dass sich eine Prüfung lohne und man die Zeit nutzen wolle, die durch den verabschiedeten Doppelhaushalt gegeben ist.

Frau Müller verweist auf die Beteiligung des entsprechenden Fachausschusses und bittet um Zurückstellung.

Herr Heuer führt aus, dass mit Zielvereinbarungen auch Erwartungen verbunden werden. Die Träger müssen diese verabredeten Leistungsparameter auch erfüllen. Steigende Zuwendungen erhöhen auch steigende Vorgaben.

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen folgen der Bitte von Frau Müller. Dementsprechend wird eine Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt zurückgestellt.

zu 4.9 Benutzungs- und Entgeltordnung für die Kunstwerkstatt Ost
Vorlage: 18/SVV/0126

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport

Frau Peetz-Mühlstein bringt die Vorlage der Verwaltung ein. Sie erläutert, dass bisher keine Benutzungs- und Entgeltordnung für die Kunstwerkstatt Ost vorgelegen habe.

Es bestehen keine Nachfragen. Herr Heuer stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, der Vorlage in der vorliegenden Fassung zuzustimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Benutzungs- und Entgeltordnung für die Kunstwerkstatt Ost.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 4.10 Skateranlage im "E-Park"
Vorlage: 18/SVV/0162

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Herr Schenke bringt die Mitteilungsvorlage der Verwaltung ein. Herr Dr. Stark weist auf die Diskrepanz zwischen der Ausweisung im Antrag, dass keine finanziellen Mittel benötigt werden, und der Aussage im Fließtext, dass finanzielle Mittel benötigt werden, hin. Herr Schenke entgegnet, dass man sich derzeit in einer Planungsphase befindet und aktuell keine finanziellen Auswirkungen für den Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam erfolgen. Im Jahr 2019 sollen die Planungen abgeschlossen sein und dann werde eine entsprechende Vorlage eingebracht.

Der Ausschuss für Finanzen nimmt die DS 18/SVV/0162 **zur Kenntnis**.

**zu 4.11 Verfahren zur Vergabe kommunaler Grundstücke in Erbbaupacht
Vorlage: 18/SVV/0169**

Oberbürgermeister, Fachbereich Rechnungswesen und Steuern

Herr Exner bringt die Mitteilungsvorlage der Verwaltung ein. Es bestehen keine Nachfragen.

Der Ausschuss für Finanzen nimmt die DS 18/SVV/0169 **zur Kenntnis**.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Mitteilungen vor. Entsprechend schließt Herr Heuer den Tagesordnungspunkt.



Landeshauptstadt
Potsdam

Finanzausschuss

21. März 2018



TOP 3 - Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

Ergebnishaushalt



Steueraufkommen 2018

- Prognose: Eine Prognose kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgegeben werden, da wir uns am Jahresanfang befinden.
- Gesamteinnahmen laut Plan: **190,3 Mio. EUR**

Monatsvergleich der wichtigsten Erträge u. Aufwendungen	Plan 2018	Ergebnis zum 28.02.2018	Prognose zum 31.12.2018	Differenz Ergebnis-Plan
Grundsteuer	21.752.500	21.512.732	21.752.500	-239.768
Gewerbsteuer (brutto)	82.000.000	71.682.020	82.000.000	-10.317.980
Gewerbsteuerumlage	-6.200.000	0	-6.200.000	6.200.000
Gewerbsteuer (netto)	75.800.000	71.682.020	75.800.000	-4.117.980
Einkommensteuer	71.520.000	0	71.520.000	-71.520.000
Umsatzsteuer	15.890.000	0	15.890.000	-15.890.000
sonstige Steuern*	2.767.000	1.322.638	2.782.000	-1.444.362
Erstattungszinsen	-965.000	-49.092	-965.000	915.908
Nachzahlungszinsen	1.500.000	215.456	1.500.000	-1.284.544
Berichtigung/Abschreibung	1.800.000	-34.015	1.800.000	-1.834.015
Spielbankabgabe	250.000	0	250.000	-250.000
(Angaben in EUR) Summe	190.314.500	94.649.739	190.329.500	-95.664.761

Ergebnishaushalt



Allgemeine Zuweisungen 2018

Zuweisungen von Bund und Land	Plan 2018	Ergebnis zum 28.02.2018	Prognose zum 31.12.2018	Differenz Ergebnis-Plan
Schlüsselzuweisungen vom Land	137.707.600	21.298.902	137.707.600	-116.408.698
Familienleistungsausgleich	9.177.900	0	9.117.900	-9.177.900
Zuweisung als Ausgleich übertragener Aufgaben	11.635.500	1.945.098	11.635.500	-9.690.402
Schullastenausgleich	7.045.300	1.741.610	7.045.300	-5.303.690
Leistungen 4. Gesetz für mod. Dienstlsg.	3.360.000	897.482	3.360.000	-2.462.518
Leistungen Sonderbedarf § 15 FAG	6.320.000	1.688.459	6.320.000	-4.631.541
Jugendhilfelastenausgleich	1.000.000	247.537	1.000.000	-752.463
Summe	176.246.300	27.819.088	176.246.300	-148.427.212



Niederschrift 36. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen

Sitzungstermin: Mittwoch, 25.04.2018
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 19:10 Uhr
Ort, Raum: R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Klaus-Peter Kaminski	DIE LINKE
Herr Nico Marquardt	SPD
Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD
Herr Horst Heinzl	CDU/ANW
Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP

zusätzliches Mitglied

Frau Annina Beck	DIE aNDERE	
Herr Dennis Hohloch	AfD	ab 17:40 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze	DIE LINKE
-------------------	-----------

sachkundige Einwohner

Frau Evelin Krämer	DIE LINKE	
Herr Chaled-Uwe Said	Fraktion AfD	ab 17:40 Uhr
Herr Dr. Reinhard Stark	Seniorenbeirat	
Frau Liane Woellner	SPD	
Herr Dr. Nicolas Bauer	Die Andere	

Beigeordnete

Herr Burkhard Exner	Bürgermeister, Beigeordneter GB 1
---------------------	--------------------------------------

Herr Michel Duhn

Nicht anwesend sind:

- 4.3 Dauerhafte Unterbringung der Kultur- und Kreativwirtschaft
Vorlage: 17/SVV/0708
Einreicher: Fraktion CDU/ANW
- 4.4 Konzeptvergabe für die Gastronomie gegenüber dem Obelisk
Vorlage: 17/SVV/0715
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.5 Ein Kunst- und Kreativhaus für Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0716
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 11: Rechenzentrum langfristig sichern (Aussetzung Sanierungsziel
"Abriss")
Vorlage: 17/SVV/0829
Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der
Stadtverordnetenversammlung
- 4.7 Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof
Vorlage: 17/SVV/0979
Einreicher: Winfried Sträter, Ortsvorsteher Groß Glienicke
- 4.8 Grundschüler für ÖPNV begeistern
Vorlage: 18/SVV/0061
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.9 Szenario für kostenlosen Nahverkehr in Potsdam
Vorlage: 18/SVV/0139
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
- 4.10 Rasengleise
Vorlage: 18/SVV/0196
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.11 Kostenloses Jahresticket für Senioren, die freiwillig ihren Führerschein abgeben
Vorlage: 18/SVV/0217
Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis-FDP
- 4.12 Abo-Tickets für den ÖPNV
Vorlage: 18/SVV/0218
Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis-FDP
- 4.13 Beteiligung und Information der Fraktionen während der Haushaltsaufstellung
Vorlage: 18/SVV/0183
Einreicher: Fraktionen CDU/ANW, SPD
- 4.14 Dreijahresverträge für freie Träger der Kultur
Vorlage: 18/SVV/0140
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
- 4.15 Koordinierungsstelle Schule-Jugendhilfe
Vorlage: 17/SVV/0364
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
- 4.16 Verfahren zur Vergabe kommunaler Grundstücke in Erbbaupacht
Vorlage: 18/SVV/0169
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Rechnungswesen und Steuern
- 5 Mitteilungen der Verwaltung

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Heinzel, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger zur 36. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen und nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.01.2018 und des öffentlichen Teils vom 21.03.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 7 Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen anwesend.

Herr Heinzel informiert zur vorliegenden Tagesordnung.
Auf Wunsch des Antragstellers wird der TOP 4.4 „Konzeptvergabe für die Gastronomie gegenüber dem Obelisk“ Drucksache 17/SVV/0715, zurückgestellt. Ebenso verhält es sich mit dem TOP 4.10 „Rasengleise“ Drucksache 18/SVV/0196.

Herr Heinzel schlägt weiter vor, dass die

TOP 4.7 „Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof“
Drucksache 17/SVV/0979,
TOP 4.8 „Grundschüler für ÖPNV begeistern“
Drucksache 18/SVV/0061,
TOP 4.9 „Szenario für kostenlosen Nahverkehr in Potsdam“
Drucksache 18/SVV/0139,
TOP 4.11 „Kostenloses Jahresticket für Senioren, die freiwillig ihren Führerschein abgeben“ Drucksache 18/SVV/0217 und
TOP 4.12 „Abo-Tickets für den ÖPNV“
Drucksache 18/SVV/0218

zurückgestellt werden sollen. Hintergrund ist die Verabredung im Hauptausschuss, diese Themen in der AG Bürgerticket zu diskutieren. Frau Schulze fragt nach, bis wann eine Zurückstellung erforderlich sei. Herr Jetschmanegg führt aus, dass er hierzu keine abschließende Antwort geben kann, da die nächste Sitzung der AG Bürgerticket am 16.05.2018 abgewartet werden müsse.

Herr Kaminski erwidert zum Vorschlag von Herrn Heinzel, dass der TOP 4.7 nicht zurückgestellt werden soll, da der Ortsvorsteher von Groß Glienicke Herr Sträter und weitere Bürgerinnen und Bürger anwesend seien. Herr Heinzel lässt über diesen Antrag von Herrn Kaminski abstimmen. Mit einer Mehrheit von 3 Stimmen wird dieser Antrag abgelehnt (Zustimmung: 2; Ablehnung: 3; Enthaltungen: 1).

Herr Heinzel lässt über die von ihm vorgeschlagene Tagesordnung abstimmen. Die so geänderte Tagesordnung wird von den anwesenden Mitgliedern einstimmig angenommen.

Die Niederschrift der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung vom 17.01.2018 wird mehrheitlich angenommen (Zustimmung: 3; Ablehnung: 0; Enthaltungen: 3).

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 21.03.2018 wird aufgrund von Einwendungen von Herrn Dr. Stark zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

Herr Heinzel übergibt Herrn Exner das Wort. Herr Exner führt durch die Folien der Präsentation. Er erläutert die Verbesserung der Schlüsselzuweisung in Höhe von 3 Millionen Euro zu dem geplanten Ansatz in der Haushaltssatzung 2018/2019. Die Schlüsselzuweisungen sind während der Aufstellung der Haushaltssatzung nur schätzbar und nicht direkt planbar. Der Bescheid über die konkrete Höhe der Schlüsselzuweisungen durch das Land Brandenburg ist Anfang April eingegangen. Frau Schulze fragt nach den ersten Vorstellungen zur Verwendung der erhöhten Schlüsselzuweisungen. Herr Exner empfiehlt den Überschuss als wirksamen Liquiditätsüberschuss zu verwenden, um auch weiterhin langfristig mit Eigenmitteln investieren zu können. Für das Jahr 2019 wird weiterhin davon ausgegangen, dass es eine geringere Schlüsselzuweisung geben wird.

Herr Heinzel dankt Herrn Exner für seine Ausführungen und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Weiternutzung Rechenzentrum

Vorlage: 17/SVV/0536

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Herr Heinzel übergibt Herrn Kümmel für die Tagesordnungspunkte 4.1; 4.3; 4.5 und 4.6 das Wort. Herr Kümmel beschreibt anhand einer Präsentation die bisherigen Schritte und den Ausblick des Verfahrens. Das Ergebnis des Szenario Workshops mündet in einer SVV Mitteilungsvorlage. Der Szenario Workshop hat sich für das Szenario 4 ausgesprochen und zur Umsetzung empfohlen. Herr Kümmel stellt weiterhin einen Verfahrensvorschlag im Umgang mit den vorliegenden Anträgen vor. Im Ergebnis verständigt man sich darauf, die TOP 4.1; 4.3 und 4.5 zurückzustellen und den TOP 4.6 einzeln abstimmen zu lassen.

zurückgestellt

zu 4.2 Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Gebäuden
Vorlage: 17/SVV/0604
Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Herr Heinzel übergibt Herrn Goetzmann das Wort. Herr Goetzmann stellt noch einmal kurz die Historie des Antrages vor. Er schildert die bisherigen Gespräche mit der Fraktion DIE LINKE und dem Bereich Grundstücksmanagement. Er versucht anhand von 4 Präsentationsfolien zu verdeutlichen, welche Mehrarbeit an einer Umsetzung des Antrages hängen würde und es im Ergebnis keine Möglichkeit einer Schlussfolgerung für die Stadtverordneten geben würde.

Herr Kaminski stellt fest, dass eine weitere Zurückstellung des Antrages sinnvoll wäre, da die Fraktion nicht über diese Ausgangslage informiert wurde. Entsprechend beantragt er die Vertagung des Tagesordnungspunktes.

zu 4.3 Dauerhafte Unterbringung der Kultur- und Kreativwirtschaft
Vorlage: 17/SVV/0708
Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 4.1 behandelt und im Ergebnis zurückgestellt.

zu 4.4 Konzeptvergabe für die Gastronomie gegenüber dem Obelisk
Vorlage: 17/SVV/0715
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

zu 4.5 Ein Kunst- und Kreativhaus für Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0716
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Tagesordnungspunkt wurde zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 4.1 behandelt und im Ergebnis zurückgestellt.

zu 4.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 11: Rechenzentrum langfristig sichern (Aussetzung Sanierungsziel "Abriss")
Vorlage: 17/SVV/0829
Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Heinzel eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt als erstes Herrn Bauer das Wort. Herr Bauer erinnert an den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung im letzten Jahr, das sinngemäß die Stiftung Garnionskirche keine Zuwendung erhalten werde. Herr Exner erläutert, dass im Zuge der damaligen Beschlussfassung ausschließlich die Mehrkosten für die

längere Weiternutzung des Rechenzentrums durch die Stiftung Garnisonskirche kompensiert werden. Herr Baron v.d. Osten gen. Sacken stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, dass sich in der Diskussion ausschließlich auf den Tagesordnungspunkt bezieht. Herr Kümmel erklärt, dass weiterhin das Ziel angestrebt werde eine 5jährige Nutzungsverlängerung für das Rechenzentrum zu erreichen. Dem Oberbürgermeister war es wichtig eine aktive Zustimmung zur Nutzungsverlängerung durch den Stiftungsrat zu erlangen.

Herr Heinzel schließt die Diskussion und stellt den Antrag zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Drucksache 17/SVV/0829 abzulehnen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Rechenzentrum wird als Begegnungsort, Ideenschmiede, Zukunftslabor und Wirtschaftsfaktor am jetzigen Standort erhalten.

Notwendige Investitionen und deren Refinanzierung erfordern eine Nutzung des Hauses von mindestens 20 bis 25 Jahren.

Um diese wichtigen Schritte umsetzbar zu machen, ist die Aussetzung des bisherigen Sanierungsziels „Abriss“ notwendig.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0

Ablehnung: 4

Stimmenthaltung: 2

**zu 4.7 Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof
Vorlage: 17/SVV/0979**

Einreicher: Winfried Sträter, Ortsvorsteher Groß Glienicke

zurückgestellt

**zu 4.8 Grundschüler für ÖPNV begeistern
Vorlage: 18/SVV/0061**

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

**zu 4.9 Szenario für kostenlosen Nahverkehr in Potsdam
Vorlage: 18/SVV/0139**

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

zu 4.10 Rasengleise
Vorlage: 18/SVV/0196
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

zu 4.11 Kostenloses Jahresticket für Senioren, die freiwillig ihren Führerschein abgeben
Vorlage: 18/SVV/0217
Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis-FDP

zurückgestellt

zu 4.12 Abo-Tickets für den ÖPNV
Vorlage: 18/SVV/0218
Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis-FDP

zurückgestellt

zu 4.13 Beteiligung und Information der Fraktionen während der Haushaltsaufstellung
Vorlage: 18/SVV/0183
Einreicher: Fraktionen CDU/ANW, SPD

zurückgestellt

zu 4.14 Dreijahresverträge für freie Träger der Kultur
Vorlage: 18/SVV/0140
Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Herr Heinzel eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Frau Schulze das Wort. Sie schlägt vor, sich dem Votum des Kulturausschusses anzuschließen. Herr Exner macht darauf aufmerksam, dass es sich bei dem genannten Zeitraum im Votum des Kulturausschusses eigentlich um einen 4 Jahres-Zeitraum handle (2020, 2021, 2022, 2023). Des Weiteren macht er den Vorschlag einen „echten“ Prüfauftrag zu formulieren. Er verliest einen Beschlussvorschlag – „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Zeit des Doppelhaushaltes 2018/2019 zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen und für welche Träger Dreijahresverträge 2020 bis 2022 mit Zielvereinbarungen für die freien Träger der Kultur geschlossen werden können. Ein entsprechender Bericht ist bis März 2019 vorzulegen.“. In die Prüfung müsste auch miteinfließen, wie eine solche Regelung mit einem Doppelhaushalt synchronisiert werden kann.

Frau Beck stellt dar, dass es bereits andere Bereiche gibt, in denen längere Verträge verabredet werden und die kompatibel mit dem Haushalt seien. Weiterhin macht sie darauf aufmerksam, dass für die Umsetzung von gescheiterten Projekten vor allem Zeit benötigt werde. Herr Kaminski würde den Vorschlag von

Herr Exner unterstützen. Frau Schulze wiederum unterstützt die Aussagen von Frau Beck, Kultur braucht Planungssicherheit. Gleichfalls widerspricht sie der vorgeschlagenen Terminsetzung. Es könne bereits Ende 2018 ein Bericht gegeben werden. Es stünde mit einem Bericht auch weiterhin nicht fest, ob es tatsächlich Veränderungen geben werde, aber es ergibt sich eine bessere Diskussionsgrundlage ob und wie Zielvereinbarungen aussehen könnten. Herr Heinzl gibt seinerseits im Hinblick auf die Aussagen von Frau Beck zu bedenken, dass es auch 1 Jahres-Verträge gibt.

Herr Exner verdeutlicht seinen Ansatz der Vorlegung eines Berichtes im März 2019. Abschließend verliest er seinen Vorschlag nochmals, verändert aber die Terminsetzung auf Dezember 2018.

Herr Heinzl stellt den so geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **die in der Zeit des Doppelhaushaltes 2018/2019 zu nutzen prüfen, ob und unter welchen Bedingungen und für welche Träger um Dreijahresverträge, 2020 bis 2023 2022, mit Zielvereinbarungen für die freien Träger der Kultur zu erarbeiten geschlossen werden können.**

Ein entsprechender Bericht ist der Stadtverordnetenversammlung im ~~März 2019~~ **Dezember 2018** vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 4.15 Koordinierungsstelle Schule-Jugendhilfe
Vorlage: 17/SVV/0364

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Herr Heinzl eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Frau Schulze das Wort. Frau Schulze bringt die Drucksache ein. Sie erläutert, dass ihre Fraktion eine eindeutige Aussage zum Sachstand erwartet. Herr Exner verliest folgende Mitteilung des Geschäftsbereiches Bildung, Kultur und Sport: „Der Antrag der Fraktion DIE LINKE hat sich durch Verwaltungshandeln erledigt. Die Stelle steht dem FB 21 ab 01.07.2018 zur Verfügung (Stellenplan-Nr. [212.100.27](#)). Die Stellenbeschreibung ist erarbeitet, durch Frau Aubel bereits unterzeichnet und wurde 9322 zur Bewertung übergeben.“

Frau Schulze und Herr Kaminski nehmen diese Aussage zur Kenntnis. Sie fordern sich die Aussage schriftlich ein und stellen in Aussicht, den Antrag ggf. in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zurückzuziehen.

Dementsprechend wird der Tagesordnungspunkt zurückgestellt.

**zu 4.16 Verfahren zur Vergabe kommunaler Grundstücke in Erbbaupacht
Vorlage: 18/SVV/0169**

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Rechnungswesen und Steuern

Der Ausschuss für Finanzen nimmt die Drucksache 18/SVV/0169 **zur Kenntnis.**

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Mitteilungen vor. Entsprechend schließt Herr Heinzel den Tagesordnungspunkt.



Finanzausschuss

25. April 2018



TOP 3 - Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

Ergebnishaushalt



Steueraufkommen 2018

Eine Veränderung der Prognose zum **Plan 2018** kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht festgestellt werden.

Monatsvergleich der wichtigsten Erträge u. Aufwendungen	Plan 2018	Ergebnis zum 29.03.2018	Prognose zum 31.12.2018
Grundsteuer	21.752.500	21.589.186	21.752.500
Gewerbsteuer (brutto)	82.000.000	77.961.240	82.000.000
Gewerbsteuerumlage	-6.200.000	-5.900.000*	-6.200.000
Gewerbsteuer (netto)	75.800.000	72.061.240	75.800.000
Einkommensteuer	71.520.000	0	71.520.000
Umsatzsteuer	15.890.000	0	15.890.000
sonstige Steuern	3.137.000	1.503.720	3.137.000
Erstattungszinsen	-965.000	-56.319	-965.000
Nachzahlungszinsen	1.500.000	325.203	1.500.000
Berichtigung/Abschreibung (Saldo)	1.800.000	-118.807	1.800.000
Spielbankabgabe	250.000	0	250.000
sonstige Erträge	5.000	3.970	5.000
(Angaben in EUR) Summe	190.689.500	95.308.193	190.689.500

*Schätzung mit Stand Mitte/Ende April

Grundsteuerreform: Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes



- **Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 10. April 2018**
Grundsteuer wegen veralteter Grundstückswerte nicht mehr verfassungsgemäß
- **Beschluss Reformgesetz bis spätestens 31. Dezember 2019**
Neuregelung der Grundsteuer-Bewertung
[bisheriges Grundsteuer-Recht danach nicht mehr anwendbar]
- Erfolgt eine fristgerechte Neuregelung, so verlängert sich die vorgenannte Frist um weitere fünf Jahre ab Gesetzesverkündung.
[**geltendes Grundsteuer-Recht** nur noch für eine **Übergangszeit bis längstens zum 31. Dezember 2024** anwendbar]
- Spätestens zum **31. Dezember 2024** müssen alle **rd. 35 Mio. Grundstücke** nach dem zukünftigen Bewertungsrecht **neu bewertet** worden sein, damit es nicht zu größeren Einnahme-Ausfällen bei der Grundsteuer kommt. Auf Bundesebene gibt es noch keine Verständigung auf ein Reformmodell.
- Keine maßgebliche Änderung der Grundsteuer bis zu einer Neuregelung der Grundsteuer-Bewertung

Ergebnishaushalt



Allgemeine Zuweisungen 2018

Zuweisungen von Bund und Land	Plan 2018	Ergebnis zum 28.03.2018	Prognose zum 31.12.2018	Differenz Prognose-Plan
Schlüsselzuweisungen vom Land	137.707.600	31.948.353	140.713.052	3.005.452
Familienleistungsausgleich	9.177.900	0	9.091.555	-86.345
Zuweisung als Ausgleich übertragener Aufgaben	11.635.500	2.917.647	11.771.982	136.482
Schullastenausgleich	7.045.300	1.741.610	7.045.300	0
Leistungen 4. Gesetz für mod. Dienstlstg.	3.360.000	3.589.928	3.589.928	229.928
Leistungen Sonderbedarf § 15 FAG	6.320.000	6.753.836	6.753.836	433.836
Jugendhilfelausgleich	1.000.000	247.537	1.000.000	0
Summe	176.246.300	47.198.911	179.965.653	3.719.353

Finanzausgleich (FAG) 2018: Von den Orientierungsdaten zum Bescheid



1. **Orientierungsdaten (OD)** des Landes vom 19. Juni 2017

127.993.400 Euro (als Grundlage für die Haushaltsplanung: Einbringung in die SVV am 19. Dezember 2017)

2. **Anpassung der Werte im Rahmen der Haushaltsplanung und Beschluss durch die SVV** am 7. März 2018

Erhöhung auf 137.707.600 Euro über die Änderungsliste der Verwaltung (plus von 9.714.200 Euro gegenüber OD)

3. **Bescheid des Landes** vom 28. März 2018

Erhöhung auf 140.713.052
(plus von 3.005.452 Euro gegenüber dem Haushaltsbeschluss)

Abweichung **OD** des Landes vom **Bescheid** des Landes: 12.719.652 Euro
Abweichung Haushalt der LHP vom **Bescheid** des Landes: 3.005.452 Euro

Finanzausgleich (FAG) 2018: Gründe für den Anstieg

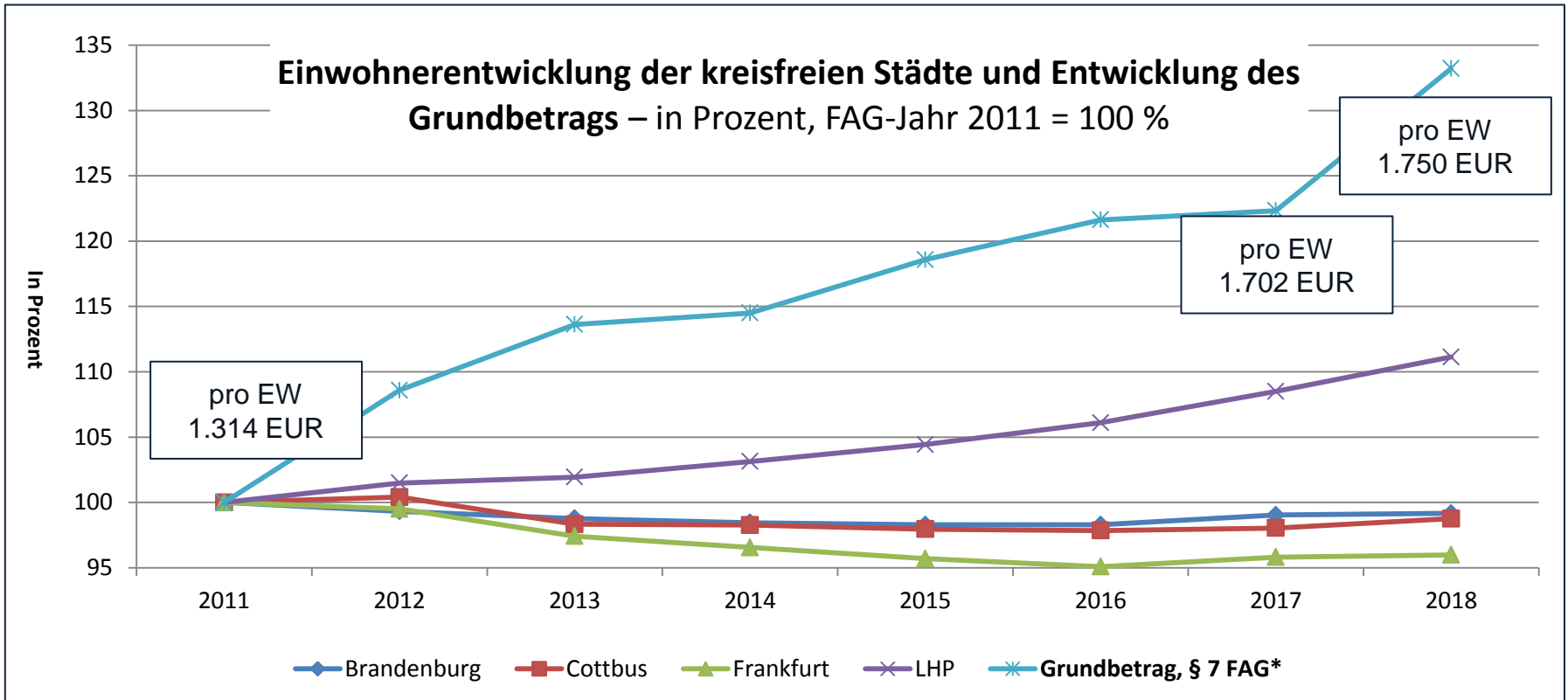


- Der Anstieg der Schlüsselmasse an Gemeinden und kreisfreie Städte (von 2017 auf 2018 um insgesamt 68,2 Mio. EUR) speist sich aus der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen des Bundes, der Länder insgesamt und des Landes Brandenburg.
- **Kontinuierlicher Anstieg** des Anteils der **EW** der LHP an der Gesamt-EW-Zahl in den kreisfreien Städten: von 39,73 % im FAG-Jahr 2011 auf 42,73 % im FAG-Jahr 2018 [*Schlüsselzuweisung für Kreisaufgaben (§ 6 Abs. 2)*].
- **Kontinuierlicher Anstieg** des Anteils der **EW** der LHP an der Gesamt-EW-Zahl Brandenburgs von 6,16 % im FAG-Jahr 2011 auf 6,89 % im FAG-Jahr 2018.

[Näherungsrechnung (ohne Berücksichtigung der Steuerkraft) zum Vergleich: 0,1 % der Schlüsselmasse für Gemeindeaufgaben sind im Jahr 2018 ca. 1,178 Mio. Euro]

- Die LHP profitiert 2018 von der gestiegenen Steuerkraft der Gemeinden Brandenburg: Die insgesamt höhere Steuerkraft aller Gemeinden nivelliert die höhere Steuerkraft der LHP.

Finanzausgleich (FAG) 2018: Die besondere Dynamik der Landeshauptstadt Potsdam



* Über den **Grundbetrag** wird die Gesamt-Schlüsselmasse auf die Empfängergemeinden aufgeteilt. Der Bedarf einer Gemeinde ergibt sich aus Grundbetrag **multipliziert mit** der veredelten EW-Zahl (kreisfreie = 150%).

- Die besondere Dynamik der Zuweisungen 2018 ergibt sich aus der höchsten Steigerung der EW-Zahl der LHP gegenüber dem Vorjahr (+ 2,63 %) i. V. m. der höchsten Steigerung des Grundbetrags (+ 10,87 %).



Räume für Kulturschaffende und Kreative

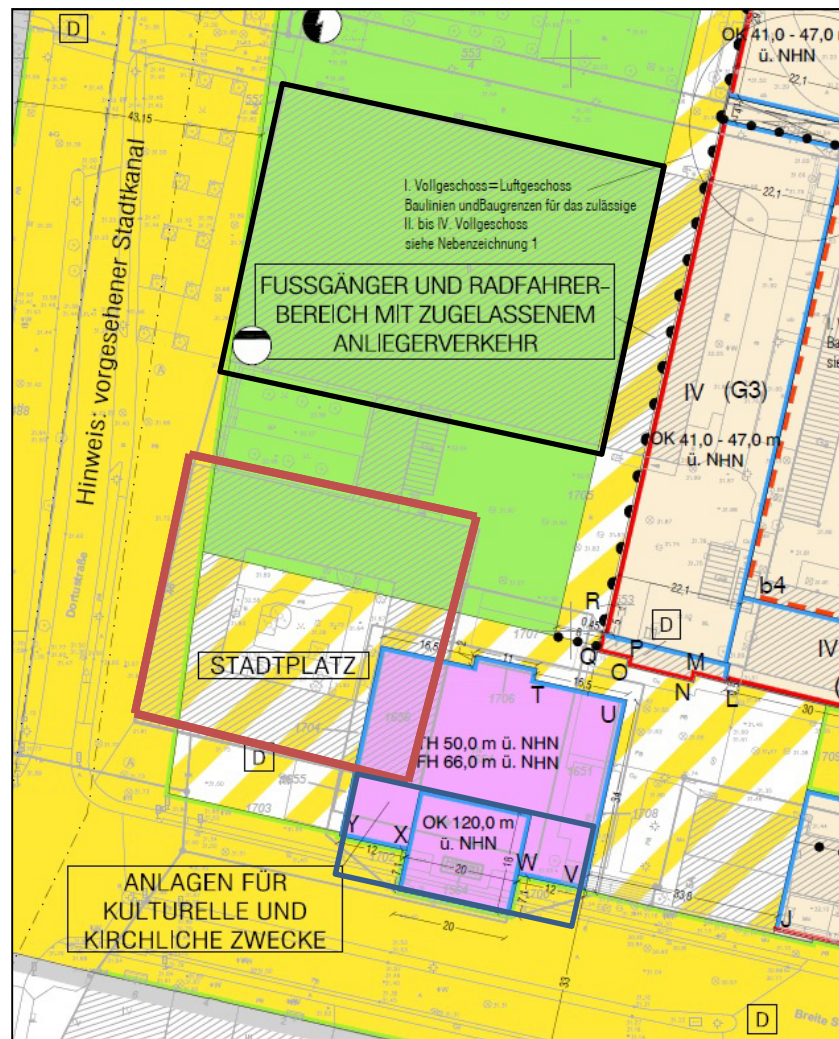
—

Ergebnisse des Szenario-Workshops für die Kunst- und Kreativwirtschaft in Potsdams Mitte

Standort und Lage



Landeshauptstadt
Potsdam



- im Sanierungsgebiet Potsdamer Mitte
- im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 1
- zum Teil auf dem Grundstück der Stiftung Garnisonkirche, ansonsten im Treuhandvermögen der Sanierungsmaßnahme
- Grundstücksübertragungsvertrag vom 25.02.2010: Duldung durch Stiftung unter Verzicht auf Überbaurente und Abrissverpflichtung der LHP bei konkret anstehendem Bauabschnitt der Garnisonkirche – dafür Mitsprache der Stiftung bei der Nutzung
- Baugenehmigung für 1. BA Garnisonkirche vom 29.07.2013, neuer Bauantrag gestellt
- vollständiger Freizug Rechnerhalle bis Ende 2018 und Abriss Anfang 2019

Verfahrensschritte



Landeshauptstadt
Potsdam

Schritt 1 „Status quo“ bis Ende 2017

Erläuterung und Beschreibung des Sachstandes in baurechtlicher, eigentumsrechtlicher und sanierungsrechtlicher Hinsicht; Übersicht über die Flächen des Untersuchungsbereichs

Faktische
Rahmenbedingungen
für den
Szenario-Workshop

Schritt 2 „Szenario-Workshop“ bis 1. Quartal 2018

Formulierung von Entwicklungsszenarien in räumlicher und zeitlicher Dimension und ihre Bewertung nach wirtschaftlichen, finanziellen und rechtlichen Aspekten

Beschluss 17/SVV/0720
vom 08.11.2017 und
MV 17/SVV/0947 vom
13.12.2017

Mitteilung an die SVV am 11.04.2018 zum Ergebnis des Szenario-Workshops (18/SVV/0229)

Schritt 3 „Bau- und Nutzungskonzept“ bis Ende 2018

Konkretisierung der Bedarfsermittlung für die Kreativwirtschaft und Formulierung eines konkreten Bau- und Nutzungskonzepts

Beschlussvorlage zu
Arbeitsaufträgen im Juni
2018

Schritt 4 „Implementierung“ bis Frühjahr 2019

Formulierung der planerischen Instrumentarien zur Umsetzung des ausgewählten Zielszenarios

Beschlussvorlagen zu
Umsetzungsschritten im
IV. Quartal 2018

Gemeinsam verabschiedetes Zielbild



Landeshauptstadt
Potsdam

Nutzer und Kunden:

- Spezifisches Profil des Standortes
- Konzentration auf professionelle und erwerbsorientierte Nutzungen
- innovativer Standort prägt ergänzend die Achse Alter Markt – Neuer Markt – Standort der KKW
- KKW ist bedeutender Wirtschaftsfaktor in Potsdam

Alltag:

- Mix aus lebendigem Quartier und Produktionsstandort
- Einblicke in den Alltag der KKW werden zugelassen
- Eigentümer des Standortes wird ein gemeinwohlorientierter Dritter, wie z.B. eine Stiftung
- operative Koordination und Betrieb können bei den Nutzenden liegen

Umsetzung:

- definiertes Raumkonzept, das zum spitzen Profil passt
- zusätzlich hochflexible Nutzungsmöglichkeiten
- kontinuierlicher Entwicklungsdiallog

Kernaspekte des Zielbildes



Landeshauptstadt
Potsdam

Entwicklung der Flächen:

- städtebaulich aufeinander abgestimmte Mischung aus KKW, Gastronomie und Wohnen
- alle Nutzungen umfassen ca. 20.000 m² BGF, davon mindestens die Hälfte für die KKW
- Eigentümer der unterschiedlichen Nutzungen können auch unterschiedlich sein
- Rechtsform, die die dauerhafte Sicherung des Standortes für die KKW garantiert

Nachwuchsförderung:

- aus Gewinnen Querfinanzierung von förderfähigen Bereichen
- Prüfung einer Nachwuchsförderung

Übergang:

- ununterbrochene Nutzung des Rechenzentrums bis zur Realisierung einer dauerhaften Lösung
- Einsatz des OB im Kuratorium der Stiftung Garnisonkirche

Umgang mit den vorliegenden Anträgen



Landeshauptstadt
Potsdam

aufgrund des erreichten Verfahrensstandes, des durchgeführten Szenario-Workshops und den in der letzten SVV beschlossenen Anträgen wird vorgeschlagen:

TOP 4.1 „Weiternutzung Rechenzentrum“ 17/SVV/0536

sowohl durch Verwaltungshandeln als auch durch Beschluss 18/SVV/0192 „Verlängerung der Verträge im Rechenzentrum“ erledigt und überholt

TOP 4.3 „Dauerhafte Unterbringung der Kultur- und Kreativwirtschaft“ 17/SVV/0708

deckt sich mit Beschluss 18/SVV/0195 „Kreativzentrum in der Potsdamer Mitte“ und den Bestrebungen, die Husarenkaserne langfristig vom Bund zu erwerben

TOP 4.5 „Ein Kunst- und Kreativhaus für Potsdam“ 17/SVV/0716

deckt sich mit Beschluss 18/SVV/0195 „Kreativzentrum in der Potsdamer Mitte“ und den Bestrebungen, die Husarenkaserne langfristig vom Bund zu erwerben. Streichung des Satzes: „Es ist ein gut erschlossenes städtisches Grundstück (...) anzubieten.“

TOP 4.6 Bürgerhaushalt Nr. 11: „Rechenzentrum langfristig sichern (Aussetzung Sanierungsziel „Abriss“)

Ablehnung. Widerspricht den Sanierungszielen und den vertraglichen Regelungen mit der Stiftung Garnsionkirche. Derzeit nicht abschätzbare finanzielle und rechtliche Risiken.



Landeshauptstadt
Potsdam

**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**

Nicht auszuübende Vorkaufsrechte

Beispiele aus den laufenden Verwaltungsprozessen

Teilbereich SAN-Gebiete

Lagebezeichnung	VKR-Tatbestand	Bemerkung	Nutzung	Kaufzweck (idR plausible Vermutung)	Begründung Nicht-Ausübung VKR
Lindenstr. 59	SAN-Gebiet SEN	saniert	Gemischt (Denkmal)	Wirtschaftliche Nutzung	Nutzung entspricht SAN-Ziel
Jägerstraße 15	SAN-Gebiet SEN	saniert	Gemischt (Denkmal)	Wirtschaftliche Nutzung	Nutzung entspricht SAN-Ziel
Charlottenstraße 126	SAN-Gebiet SES	saniert	Gemischt (Denkmal)	Wirtschaftliche Nutzung	Nutzung entspricht SAN-Ziel
Jägerstraße 5	SAN-Gebiet SEN	unsaniert	Gemischt (Denkmal)	Sanierung abgestimmt	Sanierung entspr. SAN-Ziel
Jägerstraße 17/18	SAN-Gebiet SES	saniert	Gemischt	Wirtschaftliche Nutzung	Nutzung entspricht SAN-Ziel
Dortustr. 53	SAN-Gebiet SES	saniert	Gemischt (Denkmal)	Wirtschaftliche Nutzung	Nutzung entspricht SAN-Ziel
Charlottenstraße 114	SAN-Gebiet SES	saniert	Gemischt (Denkmal)	Wirtschaftliche Nutzung	Nutzung entspricht SAN-Ziel
Bäckerstraße 5	SAN-Gebiet SES	saniert	Gemischt (Denkmal)	Wirtschaftliche Nutzung	Nutzung entspricht SAN-Ziel

Teilbereich Entwicklungsbereiche

6/83 Miteigentum	E-Bereich BF		Stellplatz	Stellplatz Eigentumswo.	Umsetzung E-Maßnahme
Nedlitz Fl. 1, Flst. 581	E-Bereich BF		unbebaut	Bau EFH	Umsetzung E-Maßnahme
Nedlitz Fl. 1, Flst. 737	E-bereich BF		unbebaut	Bau EFH	Umsetzung E-Maßnahme
Nedlitz Fl. 1, Flst. 734	E-bereich BF		unbebaut	Bau EFH	Umsetzung E-Maßnahme
Paul-Engelhardt-Str.29	E-bereich BF		EFH	Nutzung	Nutzung entspricht E-Ziel
Nedlitz Fl. 1, Flst. 674	E-bereich BF		unbebaut	Bau EFH	Umsetzung E-Maßnahme

Teilbereich Wohnbaurechte nach B-Plänen, im Außenbereich oder Erhaltungssatzungen

Grasmückenring diverse	B-Plan 129 WA unbebaut		unbebaut	Vorwiegend Bau EFH	Private Realisierung absehbar
Golm Fl.1, Flst. 1504	B-Plan 129 WA unbebaut		unbebaut	Bau EFH	Private Realisierung absehbar
Grasmückenring Golm Fl. 1, Flst. 1488	B-Plan 129 WA unbebaut		unbebaut	Vorwiegend Bau EFH	Private Realisierung absehbar
Grasmückenring Golm Fl. 1, Flst. 1492	B-Plan 129 WA unbebaut		unbebaut	Vorwiegend Bau EFH	Private Realisierung absehbar
Grasmückenring Golm Fl. 1, Flst. 1509	B-Plan 129 WA unbebaut		unbebaut	Vorwiegend Bau EFH	Private Realisierung absehbar
Taubenbogen Golm Fl. 1 Flst. 1483	B-Plan 129 WA unbebaut		unbebaut	Vorwiegend Bau EFH	Private Realisierung absehbar
Taubenbogen Golm Fl. 1 Flst.1487	B-Plan 129 WA unbebaut		unbebaut	Vorwiegend Bau EFH	Private Realisierung absehbar
Ribbeckstraße 5, Bornstedt, Flur 1, Flst. 32 (Teilfläche)	Erhaltungssatzung „Dorf Bornstedt“		bebaut	Grenzbereinigung	Grenzbereinigung dient der baulichen Nutzung des Nachbargrundstücks
Albert-Einstein-Straße 26 u.a. Potsdam, Flur 14, Flst. 397 TF	Wohnbaufläche im Außenbereich		unbebaut	Errichtung einer Kita	Private Realisierung absehbar, Bauantrag eingereicht

